

Neues Anzeiger

№ 75

Donnerstag, den 23. Juni 1932.

45. Jahrgang

Pax Europae?

Die neuen Abrüstungsverhandlungen.

In der Rede des schweizerischen Bundespräsidenten vor der Reparationskonferenz hieß es, daß „alles zusammenhängt“, und daß ein Erfolg in Genf ohne einen Erfolg in Lausanne undenkbar sei. In der Rede MacDonalds, die unmittelbar darauf folgte, hieß es dann, daß ein Laianer Erfolg von einem Erfolg in Genf abhängt. Namentlich diese MacDonaldsche Feststellung wurde überall sehr beachtet; sie legt in großen Umrissen die Marktsituation beider Konferenzen fest — belegt sie doch nichts anderes, als daß es zwischen Abrüstungs- und Reparationsfrage ein „Zusammenhang“ gebe. Dennoch betand vom Beginn der Laianer Konferenz an zwischen Franzosen und Engländern Meinungsverschiedenheit über die Art des Vorgehens im Einzelnen. Die Engländer waren zunächst der Ansicht, daß es besser sei, die Reparations- und Abrüstungsarbeiten in den Vordergrund zu stellen und erst später den Kreis der politischen Fragen, über den im folgenden Wäheres gesagt werden soll, anzuschneiden. Die Franzosen jedoch wollten gleichzeitige Behandlung beider Problemtreite. Mit der Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zwischen Franzosen, Engländern und Amerikanern in Genf ist diese grundsätzliche Auffassung leider durchgegrungen, und wahrscheinlich haben wir es hier mit einer englischen Absichtslage aus Frankreich zu tun, einer Gelegenheit für herrliches Zustimmung zu der von Sir John Simon ausgearbeiteten Zahlungsauflösungs-Erklärung der fünf Großmächte.

Wir sehen also nun am Anfang der politischen Verhandlungen auf der Reparationskonferenz, wenn dieser Anfang auch — wodurch sich niemand über seine wahre Bedeutung täuschen lassen soll — in Genf stattfindet. Der Grund dafür ist lediglich die Abneigung der Amerikaner, nach Lausanne zu gehen, und die Tatsache, daß die ersten Verhandlungen über die Abrüstungsfrage zwischen Engländern und Franzosen, also ebenfalls mit Beteiligung der Amerikaner, geführt werden sollen. Eine Aueuerung „Bain-Bonours“, der hier von der Abrüstung sprach, man wolle in diesen Dreimächteverhandlungen die isoliert unmöglichen prinzipiellen Lösungen beiseite lassen und sich auf „konkrete und partielle Lösungen“ (1) beschränken, dürfte ziemlich genau anzeigen, was auf dem Spiele steht. „Konkrete und partielle Lösungen“ in der Abrüstungsfrage können nur Scheinlösungen sein, vor allem, wenn man dieses „Ziel“ mit der deutlichen Ablehnung prinzipieller „Lösungen“, zu denen natürlich eine Entschloßung über die Gleichberechtigungsforderung gehören würde, ungleichsetzt. Wir haben vorur nach den ersten vier Monaten der Genfer Abrüstungskonferenz so wie keine allezu großen praktischen Hoffnungen auf ein Ergebnis dieser Konferenz gesetzt. Aber es dürfte immerhin von außerordentlicher politischer Bedeutung sein, unter welchen Umständen und mit welcher Mächtigkeitsstellung die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten beschließt. Der Versuch verschiedener kontinentaler Militärarmeen, die Konferenz an Deutschland scheitern zu lassen, konnte bisher infolge der richtig angelegten Taktik der deutschen Delegation in Genf verhindert werden. Im Gegenteil: Frankreich war sogar in ständig größerer Gefahr, hier mit seinen wenigen als „subeuropäischen“ Verbündeten mehr und mehr isoliert zu werden. Nun scheinen wir uns leider einer anderen Entwicklung gegenüberzusehen; Frankreich sucht auf dem Gebiet der Abrüstung Anknüpfung an die Angelegenheiten, die sich in der letztwöchentlichen Unterredung mit Besington in den letzten Apriltagen schon zur grundsätzlichen Überwindung der deutschen Gleichberechtigungsforderung verhandelt hatten, und

es besteht die Gefahr, daß anstatt eines isolierten Frankreichs nun ein isoliertes Deutschland zunächst von Laianer reparationspolitisch unter Druck gesetzt und vor die Alternative gestellt wird, entweder gegen die Streichung der Reparationen die Annahme der „konkreten und partiellen Lösungen“ der Abrüstungsfrage einzutauschen, oder aber in dem auf die Dauer unerträglichem „Genf-Verfänger“, ab einer „scheinbare“ qualitative Abrüstung in der Form, daß 5 oder 15 Prozent an den mittlerweile anscheinend schon dafür eingerichteten Heeresbudgets eingespart und um diesen ersparten Betrag keine Angreifswaffen neu beschafft werden — ob man diese Kompromisse nun ein Verbot des chemischen Krieges und die Kontrolle der privaten Waffenherstellung bereitet und eine derartige „Abrüstung“ schließlich durch eine feierliche europäische Erneuerung der Kellogg-Pakt-Unterschrift krönen will, die unter Umständen für Deutschland mit einem Verzicht auf jede Reparationspolitik für die nächsten Jahre verbunden werden soll.

Es ist natürlich heute noch nicht abzusehen, welche „konkrete Teiligung“ bei den gegenwärtig laufenden Besprechungen gefunden wird, ob eine erheblich verminderte Neuanlage des alten amerikanischen „Genf-Verfängers“, ob eine „scheinbare“ qualitative Abrüstung in der Form, daß 5 oder 15 Prozent an den mittlerweile anscheinend schon dafür eingerichteten Heeresbudgets eingespart und um diesen ersparten Betrag keine Angreifswaffen neu beschafft werden — ob man diese Kompromisse nun ein Verbot des chemischen Krieges und die Kontrolle der privaten Waffenherstellung bereitet und eine derartige „Abrüstung“ schließlich durch eine feierliche europäische Erneuerung der Kellogg-Pakt-Unterschrift krönen will, die unter Umständen für Deutschland mit einem Verzicht auf jede Reparationspolitik für die nächsten Jahre verbunden werden soll.

Was immer man das allem Anschein nach von Engländern und Franzosen geplante große politische Werk, das aus diesen Verhandlungen hervorgehen soll und über dessen Einzelheiten hier im oben angeedeuteten Sinne viel gesprochen wird, angreift, überall sieht man auf den Versuch der Bewerigung des Status quo, auf den Verzicht, Frankreichs — unter diesen oder ähnlichen Bedingungen in Aussicht gestellten — Verzicht auf die Reparationen mit einem politischen Moratorium zu bezahlen. In diesem Zusammenhang können, da wir hauptsächlich von der Abrüstungsfrage sprechen, die übrigen Konzeptionsobjekte — Österreichs Verzicht auf den Anspruch, vom dem Frankreich seine Berechtigung an einer Autonomie abhängig machen will, sowie eine Frankreich genehme Donaulösung — nur kurz erwähnt werden.

So ist die Situation, wie sie sich dem Beobachter beider Konferenzen im Augenblick darstellt. Es braucht keiner besonderen Verleserung, daß eine „Pax Europae“, wie man den hier hauptsächlich besprochenen Teil der politischen Frage (Abrüstungsfrage) allgemein Friedensverleugung nennt, in Wirklichkeit eine „europäischer Friede“ wäre, denn es ist hier nicht nur unmoralisch, sondern auch äußerst kurzfristig und ein Widerspruch in sich, eine „politische Veruhigung“ unter Bestreben erzwungen zu wollen.

Das aber wäre die berühmte „Pax Europae“, und nichts anderes, ein neues Verzicht aus der Konferenzliche von Versailles. Wir meinen nicht daran, daß die deutschen Abordnungen in Genf und Lausanne zu derzeitigen Zumutungen „Nein“ sagen werden und müssen. Aber wir hoffen auch sehr wohl, daß es gelingen wird, die drohende Alternative, von der wir oben gesprochen haben, überhaupt zu verhindern.

Wichtige Anträge angenommen

Wegsteuerung der Einnahmen über 12 000 Mark.

Berlin, 22. Juni.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags hat einen Konsumsteuervertrag angenommen, wonach das Staatsministerium erklärt wird, alle Einkommen, soweit sie 12 000 Mark im Jahr übersteigen, reiflos wegzusteuern.

für den Antrag Himmlers außer den Kommunisten die Sozialdemokraten, dagegen die Deutschnationalen; Nationalsozialisten und Zentrum erhielten sich der Stimme.

Ein weiterer kommunistischer Antrag, der das Staatsministerium erforderte, die durch die letzten Notverordnungen angeordneten Einkommensfrierungen und Massenfreisen nicht durchzuführen, wurde mit den Stimmen der Antragsteller, der Nationalsozialisten und Deutschnationalen angenommen.

Annahme fand auch ein nationalsozialistischer Antrag, wonach das Staatsministerium erucht wird, auf die Reichsregierung einzumirken, die östlichen Landrenten gegen den Zugang der polnischen Zinkblende- und Zinkarbeiter auch weiterhin zu ihren, Bekanntlich ist von der Reichsregierung eine Grenzsperr für das Jahr 1932 verfügt worden.

RODAP und Arbeitsdienstpflicht

Berlin, 22. Juni.

Auf der Deutschen Welle sprach Oberst a. D. Jürl über das Thema „Nationalsozialismus und Arbeitsdienstpflicht“. Er leitete seinen Vortrag mit der Notwendigkeit der Beschäftigung Deutschlands zur Ausnutzung des ihm vererbten Lebensraums und seiner Werte und Wiederbelebung seiner freien Wirtschaft mit ausländischer Hilfe ein. Aus diesem Grunde sei es für jeden Deutschen eine Ehrenpflicht, während seiner Jugend seinem Volk eine bestimmte Zeit zu dienen. Die Arbeitsdienstpflicht solle der Staatsleistung ein Arbeitseifer als staatliche Wachsmittel zum Einlaß in dem Wirtschaftsstampfen um Leben und Wiedergewinnung volkswirtschaftlicher Selbständigkeit schaffen. Erziehung zum nationalen Pflicht- und Ehrgefühl und Wiederherstellung der verlorengegangenen Achtung vor der Hand- und Landarbeit seien Kernpunkte dieser volkserehrlichen Arbeit. Zu der Dienstpflicht müßten alle jungen deutschen Männer und nicht nur die Arbeitslosen herangezogen werden; jede Stillverordneter oder Aushau müsse ausgeschlossen bleiben.

Der Arbeitsdienstpflichtige würde Unterarmut, Verpelgung, Kleidung und ein tägliches Taschengeld von 30 bis 50 Pfennig erhalten. Seine Einberufung, der eine ärztliche Musterung vorausgehen müßte, solle in der Regel nach Abschluß der Feldarbeiten im Herbst erfolgen. Man werde ein großes Arbeitsfeld vorfinden; so sei vor allem an die Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung, Entwässerungsarbeiten, Uferverbesserung von Moor- und Seebänken, Hochwasserhochbauten in Verbindung mit einem großzügigen Ausbau der deutschen Wasserkräfte, Fortarbeiten, Ausbau des Straßennetzes, Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn und Schaffung von Luftverkehrsanlagen gedacht, wozu allerdings ein Teil der freien Wirtschaft überwiegen würde. Von größter Bedeutung sei der Einlaß bei einer großzügigen Beschäftigung des Ostens.

Kein Reichskommissar für Arbeitsdienstpflicht

Es ist in der Presse behauptet worden, daß der Reichskommissar für die Arbeitsdienstpflicht betraut werden würde. Wie in unrichtigen Kreisen verlautet, entspricht die Meldung infolgedessen nicht den Tatsachen, als die Reichsregierung, ein Reichskommissar für die Arbeitsdienstpflicht nicht einzuordnen beabsichtigt.

Der Wälfische Beobachter warn

Unter der Überschrift: „Eine letzte Warnung an den Reichsinnenminister — Wir verlangen sofortige Durchgreifung“

trant zu werden — und es empfand so etwas wie Verantwortung für ihn, seit sie ihn einen Augenblick hilflos gesehen.

Durch die dem Göttern vorgelegte Veranda sprang sie fröhlich in den herrlichen Park, atmete tief die reine Luft, kostete die blühenden Blumen — und pfüßte ein paar prachtvolle, frühe Rosen — mit denen in der Hand sie wieder ins Schloß eilte, um sich nach dem Befinden des Herzogs von Götze zu erkundigen. Mit einem ziemlich verführerischen Gesicht, aber von gesundem Farbe und erholten Aussehen kam er hier bereits die Verandastufen herunter entgegen. Der lachende Blick seiner Augen verriet ihr, daß er für ihre Anwesenheit seinen roten Selder mehr gegeben haben würde.

Unwillkürlich lachte sie hell auf, und ein erleichtertes, aber auch glühendes Lächeln trat ebenfalls auf das etwas trockene Gesicht ihres Wälfischers.

„Ich habe mir erlaubt, in Ihrem Park diese Rosen zu pfücken, wie sie Ihnen an Ihr vermeintliches Stranzenbett zu bringen — aber ich sehe zu meiner Freude — es ist nicht mehr nötig.“

„Ich danke Ihnen, liebes Kind — und nicht wahr — Sie werden mit keine Ungehörigkeiten machen?“

„Ja — Ihnen?“

„Sie werden nicht unangenehm meinem Diener die Lage erschwern, indem Sie versuchen zu entweichen?“

„Hr es denn — von hier — so leicht?“ fragte Brigitte voll Schelmerei.

„Ihrem Lungeköpfchen möchte sich ein Ausweg zeigen; leicht ist es gerade nicht. Den Park umgibt ein hohes Gitter aus Eisen — und meine Leute sind unbefestigt.“

„Ich denke an die Meinen. Ihr Lezgramm wird sie kaum beruhigen und dann — es ist recht langweilig — so allein.“

„Ich werde Ihnen Gesellschaft finden.“

„Einen Vber?“ Brigitte verstand das Beiwort, das ihr auf der Zunge lag — „einen Vber Agenten?“

(Fortsetzung folgt.)

Abenteuer um Brigitte

Roman von Marlis Sonnabend

Copyright by Maria Feuchtwanger, Halle Saale

„Mein liebes Kind“, erwiderte der Duke mit wahrhaft vortrefflicher Güte, „wenn Sie nicht eben wären, die Sie sind — irgendein fröhliches Mädel oder Girl — aber — es sind unglückliche Zusammenhänge! Nach den Wahlen...“

„Nach den Wahlen?“

„Nach den englischen Parlamentswahlen...“

„Ich verstehe Sie nicht so mehr...“

„Kommen Sie lieber zu Tisch... man ist immer geneigt, alle Dinge zu schwer zu nehmen, wenn man noch nicht gerührt hat.“

Bei Tisch — wirklich, der Gehäus des schloßartigen Gebäudes war ein Meisterstück der Barockkunst — verlag man ein wenig die Situation.

„Dieses alte Wälfische kann direkt nett sein!“ dachte Brigitte, und ihre Stimme ließ sich hören.

„Also wirklich — ein vorzüglich erzogenes junges Mädelchen, dachte der Duke — sie weint nicht, sie doch nicht — ein wenig Eigenwillig muß man ihr zugute halten — ihre Lage ist trumm. Und er verachte, zum ersten Male, seinem Gegenüber ins Gesicht zu sehen. Er hatte es gewöhnlich vermeiden, so gut es ging — sein Gewissen war zu schlecht gewesen. Er hatte nur den allgemeinen Eindruck von etwas Jungem und Niedlichem — jetzt blickten seine Blicke an den schlanken, wohlgepflegten, doch harmlos fröhlichen Mädelchen hängen, die so anmutig Mädel und Gabel führten glitten hinauf an dem geschnittenen, heißen Eisenblech — Gott sei Dank, sie war wenigstens nicht mehr halbnackt! — und hübschen schiel über das schmale, runde Gesicht —

In dem Augenblick geschah etwas Ungeheuerliches.

Dem Herzog fielen Messer und Gabel buchstäblich aus der Hand — er verlor sich und, mit transpantirter Ge-

preizten Fingern nach seiner Serviette greifend — huschend und prüfend — mit dunkelstem Gesicht, schien er in Gefahr, einen Schlaganfall zu erleiden.

Brigitte sprang auf und hielt ihn in den Armen, ehe Jim, der servierte — Dienerstück schien es nicht ausreichend zu geben in diesem feindlichen Schloß — hinzubringen konnte.

Brigitte löste mit töchterlicher Sorgfalt den engen Stragen und wachte Jim, ein Glas Wasser zu bringen.

Aber der Duke wehrte ab.

Er erhob sich mühsam — und mit noch halb versagender Stimme bat er Brigitte, ihn zu entschuldigen.

Jim führte ihn fort, indes Brigitte — verflört, doch mit ihr unüberwindlichen Aufschüttigkeit ihrer Jahre und ihres Gesichtes — sich das bestellte Dessert eigenhändig vom Büfett holte und ohne Strampel den Anteil des Herzogs mitverzehrte.

Den hatte Jim in seinem wahrhaft fürstlichen Kabinett auf einen Stuhl gehoben.

„Der Herr Herzog sind unwohl?“ fragte er besorgt.

Gott sei Dank ben Kopf.

Er griff auf das Tischchen, das neben der Liege stand, und nahm eine Photographie, die sich dort befand — in einem schönen, vergoldeten Rahmen.

„Jim“, fragte er, „wo hast du dies Gesicht heute schon einmal gesehen?“

„Und Jim, als ob es ihm wie Schuppen von den Augen fiel, schlug sich vor die Stirn.“

„Ich bin, weiß Gott, ein alter Esel, das nicht gleich zu bemerken. Nun erkläre ich mir auch, weshalb ich eine so warme Sympathie empfand.“

„Und ich“, erwiderte der Herzog und richtete sich auf, als ob er nicht eben einem Ohnmachtsanfall nahe gewesen, „ich weiß, daß ich an den richtigen Wege bin — Jetzt mag kommen, was da will!“

Brigitte — der schönen, ungewohnt gewordenen Freiheit froh — ging unterdessen auf Entschuldigungen aus. Um die Wahrheit zu sagen, sie dachte in diesem Augenblick nicht an Glück. Der alte Herr fand womöglich im Begriff,

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Wegpreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Nebra.

№ 75

Donnerstag, den 23. Juni 1932.

45. Jahrgang

Vollkonferenz abgesetzt

Schwierigkeiten bei den Reparationsbesprechungen.
Lautant, 21. Juni.

Die Geheimnishaft der sechs Mächte am Montagnachmittag war nur von kurzer Dauer. Am der Besprechung nahmen die Chef der sechs einladenden Mächte teil. Über den Verlauf der Sitzung wurde ein kurzer amtlicher Bericht ausgegeben, in dem es heißt, daß der Präsident der Reparationskonferenz Macdonald keine Folgen über die sehr begrenzten Besprechungen unterrichtet habe. Am diesen Besprechungen die Möglichkeiten der Entwicklung zu geben, sei beschlossen worden, die für Dienstag einberufene Vollkonferenz auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

In leitenden englischen Kreisen hält man es für unwahrscheinlich, daß die französischen Vorschläge zur Reparations- und Abstrichfrage in direktem Gedankenaustausch mit den einzelnen Mächten erörtert werden. In dieser neuen Methode zeigt sich wieder das bekannte englische Vorgehen, offiziellen Konferenzzusammenhängen nicht auf dem Wege zu gehen und die gesamten Schwierigkeiten in privaten Unterredungen zu erledigen.

In unmittelbarem Anschluß an die Geheimnis-Sitzung fand im Hotel Beau-Rivage eine Drei-Mächte-Besprechung statt, an der deutschseits der Reichsstatthalter und der Reichsaussenminister, von englischer Seite Macdonald und der englische Handelsminister Bunciman, von französischer Seite Herriot und der französische Finanzminister Germain Martin teilnahmen.

Verfeinerung der Lage in Lausanne

Die Franzosen bebarren auf der Abstrichzahlung.
Die Dreimächte-Besprechung im Hotel Beau-Rivage dauerte über zwei Stunden. Zunächst wurde in Anwesenheit von Herriot und dem französischen Finanzminister verhandelt, diese beendeten jedoch nach einiger Zeit in ihr Hotel zurück, so daß die weiteren Besprechungen allein zwischen den deutschen und englischen Ministern stattfanden. Unmittelbar nach der Sitzung im Hotel Savoy eine Sitzung der deutschen Abordnung statt.
Aus den privaten Besprechungen am Montag ergibt sich, daß die Lage sich nicht geändert hat. Die Franzosen bebarren auf ihrer bisherigen Stellungnahme und fordern im Falle einer Streichung der Zinsrückzahlung eine deutsche Abstrichzahlung durch Verpfändung von Eisenbahnobjekten. Auch in der Abstrichfrage hält die französische Regierung an ihrer Forderung der schließlich hausatmosphärischen Lösung fest. Die Lage hat sich im allgemeinen weiter verheilt, ohne daß die Lösungsmöglichkeiten sich abschnitten.

Gibson bei Macdonald

Ueberraschendes Eintreffen der Amerikaner in Lausanne
Lausanne, 22. Juni.

Der Führer der amerikanischen Abordnung auf der Abstrichkonferenz, Gibson, trat zusammen mit dem bekannten amerikanischen Finanzfachverständigen Norman Davis überreichen im Kraftwagen in Lausanne ein. Beide begaben sich sofort in das Hotel Beau-Rivage wo sie eine eineinhalbstündige Unterredung mit Macdonald und dem englischen Außenminister Simon hatten. Simon war von Macdonald aus Genf nach Lausanne zurückgekehrt.

Das völlig unerwartete Eintreffen Gibsons in Lausanne hat in allen Konferenzkreisen größte Ueberraschung hervorgerufen, da die Amerikaner sich bisher nachdrücklich weigerten, aus innenpolitischen Gründen irgend welche Gespräche in Lausanne zu führen. Gibsons Erscheinen wird allgemein auf einen ausdrücklichen Wunsch des Weissen Hauses zurückgeführt und in Zusammenhang mit der nächsten Unterredung mit Herriot in Aussicht gebracht. In der Besprechung mit Macdonald soll Gibson von neuem gegenüber den englischen Ministern der dringenden Wunsch der amerikanischen Regierung nach praktischen Ergebnissen in der Abstrichfrage vorgebracht und mit größtem Nachdruck eine Wiederaufnahme der Abstrichverhandlungen gefordert haben.

Als Herriot im Hotel Beau Rivage eintraf, verheißte er keineswegs seine Ueberraschung, als ihm mit der Unterredung begab sich Gibson nach Genf zurück. Geteilt wurde, daß Gibson bei Macdonald sei. Nach Anschließendem fand eine längere Unterredung zwischen Macdonald und Herriot statt.

Sonderverhandlungen mit USA?

Wachsende Gegenläufe.

Lausanne, 22. Juni.
Zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Herriot und dem amerikanischen Botschafter Gibson soll in späteren Stunden eine streng geheimgehaltene Zusammenkunft stattgefunden haben, die bis in die tiefste Nacht fortgesetzt worden sei.

Gibson soll deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß die amerikanische Regierung unter keinen Umständen in eine Streichung der interalliierten Schulden einwilligen werde, solange nicht die europäischen Großmächte zu einer entsprechenden Herabsetzung ihrer Rüstungsansprüche gezwungen seien.

In internationalen Konferenzkreisen erblickt man in dieser Erklärung eine eindeutige Stellungnahme der amerikanischen Regierung für eine sofortige und praktische Lösung des Abstrichproblems. Die interalliierte Schuldentage ist damit von amerikanischer Seite in enge Zusammenhänge mit der Abstrichfrage gebracht worden.

Der amerikanische Botschafter Gibson hat Herriot eingehend das amerikanische Abstrichprogramm dargelegt, das praktisch zu einer weitgehenden Herabsetzung der französischen Rüstungsansprüche führt.

Herriot hat in der Unterredung das Programm abgelehnt und jede wesentliche Verminderung des französischen Rüstungsstandes als untragbar angesehen.

Daraufhin hat Gibson erklärt, daß die europäischen Mächte von Amerika große finanzielle Opfer im Falle einer Streichung der interalliierten Schulden verlangen, ohne selbst das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Die amerikanische Regierung werde jedoch ihrerseits bestimmt zu keiner Streichung schreiten, solange nicht die schwergerüsteten Mächte ihren heutigen Rüstungsstand wesentlich herabsetzen.

Nach Mitteilung von gutunterrichteter Seite sind die gesamten bisherigen Genfer Abstrichbesprechungen völlig ergebnislos verlaufen.

Die französischen Abstrichvorschläge sind auf heftigsten Widerstand von englischer, amerikanischer und italienischer Seite gestoßen, so daß auch in der Abstrichfrage die Verhandlungen sich in einer ausgeglagelten Lage befinden. Herriot hat wieder eine zweistündige Unterredung mit Macdonald gehabt.

Schuldenstreichung nur nach Abstrich

Man ist in Lausanne der Ansicht, daß Gibson in direktem Auftrag des amerikanischen Präsidenten gehandelt habe.

Die Regierung in Washington hat damit offiziell die Regelung des interalliierten Schuldproblems von der Regelung des Abstrichproblems abhängig gemacht.

Diese Tatsache wird in allen internationalen Kreisen aufs lebhafteste erörtert. In englischen Kreisen erklärt man, daß die französische Regierung sowohl in der Reparationsfrage als auch in der Abstrichfrage sich

in einer stark isolierten Lage

befindet. Die von der ganzen Welt heute geforderte sofortige Lösung des Abstrich- und des Reparationsproblems hängt ausschließlich von der französischen Regierung ab, die jetzt allein die Verantwortung für einen etwaigen Zusammenbruch der Genfer und Lausanner Konferenzen trägt.

Die englische, deutsche und italienische Regierung würden dagegen die französische Regierung auf die unvermeidlichen Folgen aufmerksam machen, die eine weitere Aufrechterhaltung des bisherigen französischen Standpunktes sowohl in der Abstrich- als auch in den Reparationsfragen nach sich ziehen wird.

Frankreichs und Deutschlands Standpunkt

Der französische Standpunkt in der Tributfrage liegt in allen Einzelheiten fest, man verlangt zu einem noch festzuhaltenden Zeitpunkt eine Abstrichzahlung in der Form, daß Frankreich einvernehmlich mit dem Einnehmen der Reichsbahn oder der deutschen Industrie beauftragt wird, wobei die endgültige Abstrichzahlung Deutschlands vom Wohlstande und der gesamten Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft abhängig gemacht werden soll.

Der deutsche Standpunkt findet immer häufigere Unterbreitung, da die Auffassung im Westen begriffen ist, daß eine Streichung der interalliierten Schulden durch die Vereinigten Staaten im Falle einer deutschen Abstrichzahlung endgültig verbaut sein würde und daß nur auf dem Wege einer einseitigen Vereinerung der Tributfrage eine entsprechende Regelung der interalliierten Schulden möglich sein würde.

Um Österreichs Anleihe

Der belgische Finanzfachverständige Franqui hatte vormittags dem Reichsstatthalter einen Besuch ab. Am Laufe des Tages finden ferner eingehende Besprechungen über die österreichische Anleihefrage statt, die abends nach dem Eintreffen des Bundeskanzlers Dollfuß in ein abschließendes Stadium eintreten werden.

Es besteht immer noch die Hoffnung, daß die französische Regierung ihre Forderung auf ein neues Abstrichverbot für Österreich ausgeben und damit in allerletzter Stunde das Zustandekommen der 300-Millionen-Schilling-Anleihe für Österreich ermöglichen wird.

Bruch mit Altem

Das belgisch-holländische Zollentzugsabkommen.

Brüssel, 22. Juni.

Das Abkommen zwischen Belgien und Holland über die gegenseitige fortgesetzte Senkung der Zolltarife und Beseitigung der Handelsbarrieren findet in allen internationalen Kreisen größtes Interesse. Die praktische Auswirkung dieses Abkommens liegt man allgemein in einer weitgehenden wirtschaftlichen Annäherung. Viel bemerkt wird, daß Belgien durch das Abkommen jetzt in enge Beziehungen zu Holland tritt und sich damit amnestisch dem dem protektionistischen Frankreich entfernt. Man vertritt die Auffassung, daß Holland und Belgien ähnlich wie Deutschland auch dem Abschluß des deutsch-rumänischen und deutsch-un-

garischen Handelsvertrages, zu Verhandlungen mit denjenigen Staaten verpflichtet sind, mit denen die Weisheitsabkommensverträge abgeschlossen haben. Zu diesen Staaten gehört auch Deutschland.

Auf deutscher Seite wird der Abschluß des belgisch-holländischen Abkommens durchaus begrüßt, da die deutsche Regierung seit Jahren die Auffassung vertritt, daß eine Herabwindung der wirtschaftlichen Handelsbarrieren und Senkung der Zolltarife nur auf dem Wege einer gruppenweisen Verständigung der Staaten möglich ist, die als erste Schritte jedoch zu einer gesamteuropäischen Verständigung führen könne.

Zurück zum Reich!

Scharfe Zurückweisung der jüngsten französischen Saarpunkte.

Saarbrücken, 22. Juni.

Am Bundesrat gab Präsident Dr. Sauer zu den jüngsten französischen Plänen in bezug auf das Saargebiet eine Erklärung sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten ab, in der er ausführte:

„Der Bundesrat gibt seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß gewisse französische Kreise verstanden, das Saargebiet als Reparationsobjekt zu betrachten und die Forderung aufstellen, daß das Saargebiet ohne Volksabstimmung in seiner gegenwärtigen Form veräußert oder veräußert werden soll. Der Bundesrat stellt demgegenüber ausdrücklich fest:

Nach dem Wortlaut des Saarstatuts hat die Saarbevölkerung über ihre politische Zukunft selbst zu entscheiden. Nach dem Willen der gesamten Bevölkerung darf die Lösung der Saarfrage nicht anders erfolgen, als daß das gesamte Saargebiet politisch und wirtschaftlich vorbehaltlos dem Deutschen Reich wieder eingegliedert wird. Wenn Frankreich nicht vorher seine Bereitwilligkeit zu einer freien Lösung der Saarfrage und zur Wiederherstellung des Saarstatuts zu erkennen gibt, wird die Lösung auf Grund des Ergebnisses der Volksabstimmung im Jahre 1935 erfolgen. Es wird dabei ausdrücklich festgestellt, daß im Saarstatut die Volksabstimmung an keinerlei Bedingung geknüpft ist, sondern unter allen Umständen zu dem vorgesehenen Zeitpunkt erfolgen muß.

Die sozialdemokratische Fraktion gab eine Sondererklärung ab, in der sie sich auch für die restlose territoriale Rückgliederung des Saargebietes ausspricht, dabei aber auch gegenüber der gegenwärtigen Reichsregierung erklärt, daß sie keineswegs etwaige Verleihen oder Abzweigen von der „republikanischen autonomen Lösung“ der deutsch-französischen und internationalen Verständigung für eine Befreiung der Besiedlungen der deutschen Saar hält.

Reich und Länder

Auch die Konferenz des Reichsinnenministers mit dem

Ministerpräsidenten der Länder über die Durchführung der

Umsetzung der Aufhebung

Reichsinnen-

minister-

regierung müßte

ich auch eindeutig

stellig ihre Auto-

nomie einlebe, die

hr für sich in An-

den Reichsregie-

erung, als es

der soll die Mög-

lichsten und Uniform-

erhebungen ge-

hen Verbote hin-

stet — unter den

Denzig

Denzig, 22. Juni.

den Antrag des

stigen Antrages

hermal der Auf-

st Welt ihn zu-

s mehr,

strieke Kurier"

Denzig solle ein

deutsches Kriegsschiff hereingelassen werden.

Von amtlicher polnischer Seite wird der Standpunkt

der polnischen Regierung dahin zusammengefaßt: „Die Sou-

veränität der Freien Stadt ist zu Gunsten Polens ein-

gefränkt. Die polnische Regierung ist das Außenamt der

Freien Stadt und alle Fragen, die damit zusammenhängen,

können nicht ohne Einverständnis und Erlaubnis der pol-

nischen Regierung erledigt werden. Die Einladung der

deutschen Kriegsschiffe durch den Danziger Senat, sich dar-

um in großem Maßstab zu den verpflichtenden Verträgen

und zu der sechshundertjährigen Tradition, in welcher Zeit

Polen stets Danzig im Ausland vertreten hat.